

Niederschrift

der X/7. Sitzung

Bezirksausschuss Bödefeld der Stadt Schmallingenberg

Sitzungstermin: Dienstag, 13. Dezember 2022
Sitzungsbeginn: 18:00 Uhr
Sitzungsende: 21:45 Uhr
Sitzungsort: Feuerwehrgerätehaus Bödefeld, Am Rübenkamp 13

Anwesende:

Vorsitzender

Matthias Albers

Ausschussmitglieder

Wilhelm Adelman

Martin Birkhölzer

als Vertreter für Siegfried Osebold

Guido Fersterer

Dirk Gierse

Heinz-Wilhelm Hellermann

Felix Klauke

Markus Meyer

Maike Ochsenfeld

Burkhard Rarbach

Michael Schiff

Johannes Schöttler

Daniel Sztul

als Vertreter Maximilian Wilmers

Von der Verwaltung

Bürgermeister Burkhard König

Stadtangestellter Christoph Schöllmann

Schriftführerin

Stadtangestellte Nadine Günther

Entschuldigt fehlen

Werner Braune

sowie dessen Vertreter Christoph Brune

Angela Degner

sowie deren Vertreter Jürgen Meyer

Der Ausschussvorsitzende Herr Albers eröffnet um 18.00 Uhr die Sitzung und begrüßt
Verwaltungsvertreter, Ausschussmitglieder und Zuhörer:innen und Presse.
Er stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde und der Ausschuss beschlussfähig
ist.

Herr B. Rarbach beantragt, dass der vorliegenden Tagesordnung der Punkt:

„Liste offener Posten“

als Tagesordnungspunkt 1 hinzugefügt werden soll.

Einwände werden nicht erhoben.

Der Ausschuss stellt einstimmig folgende Tagesordnung fest:

A. ÖFFENTLICHER TEIL	Vorlage:
1. Liste offener Posten	
2. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner	
3. Geplante Straßenbaumaßnahmen im Bereich des Bezirksausschusses	X/587
4. Aktueller Sachstand der Planungen zur Dorfmitte Bödefeld	X/588
5. Aktuelle Entwicklungen zum Thema Windkraft	X/581
6. Unterbringung von geflüchteten Personen	
7. Aktuelle Entwicklungen im Bereich des Bezirksausschusses	
8. Verschiedenes	
B. NICHTÖFFENTLICHER TEIL	Vorlage:
1. Verschiedenes	

A. ÖFFENTLICHER TEIL

TOP 1 Liste offener Posten

Herr Rarbach trägt vor, dass man absolut unzufrieden über den Informationsfluss und der Abarbeitung der angesprochenen Liste sei.

Rückmeldung zu verschiedenen Punkten würden nur unzureichend oder nur auf explizite Nachfrage gegeben.

Herr König gibt zu bedenken, dass eine Liste dieses Umfanges kaum handelbar sei. Er führt aus, dass auch andere Bezirksausschüsse für ihre Bereiche viele Wünsche und Anliegen äußerten. Auch die Stadtbezirke, in denen Ortsvorsteher eingesetzt seien, seien adäquat zu berücksichtigen. Herr König hält es für dringend geboten, Prioritäten festzulegen, die dann auch abgearbeitet werden könnten.

Weiter führt Herr König aus, dass mit dem Haushalt 2023 Investitionen in der Summe von mehr als 25 Mio. € zuzüglich der aus 2022 zu übertragenden Mittel geplant seien. Die hohe Investitionssumme führe dazu, dass mindestens die Hoch- und Tiefbauabteilungen im Grunde bereits vollständig ausgelastet seien. Leistbar waren in 2022 Investitionen in Summe von etwa 15 Mio. €.

Herr Rarbach bezieht sich darauf, dass es nicht immer um Investitionen gehe sondern vor allem um Informationen zu den verschiedenen Sachlagen, z. B. die Anmietung und den Kauf von Immobilien zur Flüchtlingsunterbringung.

Herr König entgegnet, die turnusgemäß für September geplante Sitzung des Bezirksausschusses sei aus verschiedenen Gründen auf den heutigen Tag verschoben worden. Dies habe eine frühe Information zu verschiedenen Themen an den Bezirksausschuss verzögert. Allerdings seien alle Themen über das Ratsinformationssystem verfügbar gewesen.

TOP 2 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner

Frau Schmidt, Anwohnerin der Straße „Zur Rehmecke“, spricht an, dass die Anwohner an der Gestaltung im Rahmen der Straßensanierung im Bereich der Kirschbäume, teilhaben möchten und dass die Kirschbäume entfernt und gegen kleinere Bäume ausgetauscht werden sollen. Herr Chr. Schöllmann erläutert, die fraglichen Bäume seien gesund und stellten keine Gefährdung dar. Beschwerden zu herabfallenden Früchten oder Blättern, insbesondere im Herbst, gäbe es an vielen Stellen im Stadtgebiet. Man könne gleichwohl nicht hergehen, und gesunde Bäume wegen herabfallendem Laub oder Früchten fällen. Auch seien die Bäume zur Anliegerversammlung „Ausbau der Straße zur Rehmecke“ kein Thema gewesen. Frau Schmidt berichtet von dem Unmut der Anwohner wegen dem Dreck, der von den Bäumen ausgehe und das dort viel Ungeziefer sei, wenn die Früchte abfallen und verrotten. Herr Albers spricht an, dass alle Anwohner für die Entfernung der Bäume seien und könne die Haltung der Stadt gegen die Wünsche der Anwohner nicht verstehen. Herr Schöllmann sagt zu, im Rahmen eines Ortstermins die Bäume anzusehen und zu prüfen, ob eine Lösung, auch Teillösung im Sinne der Anwohner möglich sein könnte.

Herr Markus Bödefeld, Anwohner der Straße „Zur Rehmecke“, spricht an, dass die Kommunikation zwischen der Stadt, den Anwohnern und der Baufirma teilweise nicht gut gelaufen sei und erst nach direktem Nachfragen Antworten zur täglichen Bausituation erfolgt seien.

Die Abläufe der Baumaßnahme, auch die besonderen Schwierigkeiten in diesem Sommer, werden von Herrn Schöllmann ausführlich erläutert. Zur Frage der Fertigstellung führt er aus, die Asphaltmischwerke würden in den Wintermonaten wegen zu niedriger Temperaturen und Nachfrage regelmäßig schließen. Wann diese ihren Betrieb wieder aufnehmen, hänge auch von der Witterung ab. Erst dann könne die Baumaßnahme abgeschlossen werden – einen konkreten Termin könne er wegen der beschriebenen Abhängigkeiten nicht nennen.

TOP 3 Geplante Straßenbaumaßnahmen im Bereich des Bezirksausschusses **X/587**

Anhand der Vorlage erläutert Herr Schöllmann die verschiedenen Baumaßnahmen. Auf Nachfrage, wann die Straße „Alte Hansestraße“ saniert werde, teilt Herr Schöllmann mit, dass die Priorität wie folgt sei:

- Sanierung der Grundschule
- Brückenbau
- evtl. 2024/2025 Sanierung „Alte Hansestraße“

Ergänzend zu dem Stand der Maßnahmen in der Ortsdurchfahrt Gellinghausen wird nach den anfallenden Kanalanschlußbeiträgen gefragt.

Herr Bürgermeister König erläutert hierzu, dass die Beiträge nach der zum Zeitpunkt der Widmung geltenden Gebührensatzung festgelegt werden.

Der Bezirksausschuss Bödefeld nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

TOP 4 Aktueller Sachstand der Planungen zur Dorfmitte Bödefeld **X/588**

Herr Schöllmann stellt anhand von Planunterlagen die unterschiedlichen und bislang erörterten Varianten der Gestaltung der Ortsmitte Bödefeld vor – Beibehaltung der Überdeckung der Palme oder öffnen des Deckels in Teilbereichen und Renaturierung der Palme.

Er stellt ausführlich die technischen und genehmigungsrechtlichen Notwendigkeiten dar. Er verweist auf die Notwendigkeit, auch im Fall der Variante – Beibehaltung des Deckels – diesen umfänglich sanieren zu müssen.

Gestalterisch sei die Öffnung des Deckels nach Meinung von Herrn Schöllmann auf jeden Fall vorzuziehen, zumal neben der Renaturierung insbesondere die Zugänglichkeit der Palme eine besondere Gestaltungsoption darstellt. Er verweist auf eine ähnliche Situation in Oberkirchen nahe des Hotels Schütte – auch dort sei die Lenne mittels Zugänglichkeit erlebbar geworden. Er empfiehlt den Ausschussmitgliedern, sich die dort geschaffene Anlage anzusehen.

Nach Diskussion der Varianten beschließt der Ausschuss einstimmig, die Öffnung des Deckels voran zu treiben und die dazu notwendigen Planungen/Anträge zu erarbeiten.

Herr Sztul bittet zu den in den Skizzen dargestellten Sitzbänken mit der Armlehne in der Mitte Alternativen zu suchen.

TOP 5 Aktuelle Entwicklungen zum Thema Windkraft

X/581

Zunächst verweist Herr König auf die zur Information der Politik verfassten Vorlagen. Anhand eines Übersichtsplanes stellt Herr König ausführlich dar, in welchen Bereichen der Stadt Schmallenberg nach derzeitiger Erkenntnis Aktivitäten verschiedener Investoren zum Bau von Windkraftanlagen erkennbar sind. Er führt aus, dass nach aktueller Rechtsprechung die im FNP ausgewiesenen Vorrangzonen Windkraft keine Sperrwirkung für das übrige Stadtgebiet entfalten. Eine Neuaufstellung hält er zeitlich für ausgeschlossen, da diese bis zum Februar 2024 rechtswirksam veröffentlicht sein müsste. Damit unterfallen Windkraftanlagen der Privilegierung nach § 35 BauGB.

Mit dem Wind-an-Land-Gesetz habe der Bund die Länder verpflichtet, bis 2032 vorgegebene Ausbauziele zu erreichen. Für NRW seien dies 1,8 % der Landesfläche, die für Windkraft bereitzustellen seien. NRW werde diese Flächenvorgabe auf die Planungsgebiete der Regionalplanungen herunter brechen. Dies werde voraussichtlich bis Frühjahr 2023 in Anspruch nehmen – dann werde auch die Vorgabe für das Plangebiet HSK/Soest erkennbar. Der Regionalrat habe dies dann mit der Neuaufstellung des Planes umzusetzen. Wenn auf diesem Wege ausreichend Windzonen über den neuen Regionalplan ausgewiesen seien, dann verlieren Windkraftanlagen außerhalb der ausgewiesenen Flächen die Privilegierung und seien fortan nur als „sonstige Vorhaben im Außenbereich“ zu bewerten.

Bis dahin gelte die eingangs beschriebene Privilegierung – also eine Zeit des ungesteuerten Ausbaus von Windkraftanlagen. Allerdings gelte das 1000-m Abstandsgesetz weiter fort – gerade für Schmallenberg mit seinen weit verstreuten 83 Ortschaften führe dies dazu, dass erhebliche Bereiche des Stadtgebietes innerhalb dieser Radien liegen und damit für Windkraft nicht zugänglich seien. Allerdings bestehe natürlich die Möglichkeit, dass dieses Gesetz im Rahmen der politischen Beratung und Zielsetzung auch aufgehoben werden könne. Dazu lägen allerdings keine Erkenntnisse vor.

Seitens der Ausschussmitglieder wird gerade für Bödefeld eine Vielzahl an Anlagen, auch außerhalb des Stadtgebietes, befürchtet. Man hat große Sorge vor einer umzingelnden Wirkung dieser Anlagen auf den Ort, werden sie denn realisiert. Auf Nachfrage erklärt Herr König, für die Gebiete Schiershagen und Habicht seien Investoren auf die Stadt zugekommen u.a. mit der Frage nach den angrenzenden städtischen Grundstücken. Da aktuell ausschließlich über die städtischen Grundstücke eine Steuerung von Windkraftanlagen möglich sei, habe man eine Einbeziehung in deren Planungen nicht ausgesprochen/zugesagt.

Der Bezirksausschuss Bödefeld nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

TOP 6 Unterbringung von geflüchteten Personen

Herr König erläutert ergänzend zur Vorlage, dass nach Schließung des Hotels Alpin in Grafschaft mit 360 Plätzen als Notunterkunft für geflüchtete Menschen, vornehmlich aus der Ukraine, diese der Stadt nicht weiter mit 50 % auf die Aufnahmequote angerechnet werden. Dies habe zur Folge, dass die Stadt von einem Bedarf von etwa 200 Plätzen für Flüchtlinge ausgehe. Diese seien mit dem Erwerb des Hotels Schmidt-Mühle in Bad Fredeburg, mit dem Umbau der Grundschule Dorlar zur Flüchtlingsunterkunft, der Aufstellung einer Modulbauwohnanlage in Fleckenberg und der Anmietung des Hotels Tausend Berge in Bödefeld zuzüglich einiger kleinerer Maßnahmen geschaffen worden.

Kritisiert wird die Lage des Hotels Tausend Berge mitten im Ort und dass Bödefeld mit der Anlage in der Hunastraße bereits eine größere Zahl an Flüchtlingen aufgenommen habe. Ein Anlieger fragt, warum die Stadt nicht auch dieses Gebäude erworben habe und berichtet über die aus seiner Sicht unhaltbaren Zustände vor Ort.

Herr König berichtet, in allen Fällen sei gewünscht worden, vornehmlich Flüchtlinge aus der Ukraine unterzubringen. Dies sei schwierig, da auch Flüchtlinge anderer Nationalitäten zu beherbergen seien, zumal derzeit ganz überwiegend Flüchtlinge aus Syrien und Afghanistan nach Schmallenberg kommen. Ein Erwerb des Gebäudes sei nicht möglich gewesen, da es seitens des Eigentümers nicht zum Verkauf stand.

Den Hinweis zur Leistungsgrenze des Ehrenamtes in der Flüchtlingsbetreuung nimmt Herr König mit und berichtet, dass dies nach dem hohen und zum Teil noch heute anhaltenden Engagement aus 2015/2016 an vielen Stellen im Stadtgebiet zu spüren sei.

TOP 7 Aktuelle Entwicklungen im Bereich des Bezirksausschusses

TOP 7.1 Verbindungsleitung Wasserversorgung Rimberg-Osterwald-Bödefeld

Herr König erläutert das Vorgehen zur Verbindungsleitung der Wasserversorgung. Die Planung ist an ein Büro abgegeben worden. Herr Rarbach spricht an, dass dieser Punkt bereits seit 2 Jahren auf der offenen Posten Liste stehe.

Herr König erläutert, mit der Vervollständigung des Lückenschlusses Schmallenberg-Winterberg und der Erschließung des Henne-Rartales haben diese Vorhaben zunächst Priorität.

TOP 7.2 Mauer Brabecke

Zu der Mauer in Brabecke erklärt Herr Schöllmann, dass der Sachstand eindeutig sei und verweist auf das Gespräch mit allen Beteiligten.

TOP 7.3 Weg oberhalb des Kindergartens

Seitens des Ausschusses wird darauf hingewiesen, dass Gülle von der oberhalb der Zuwegung liegenden Fläche auf die Straße und auch das Grundstück des Kindergartens geflossen sei. Dies sei ein unhaltbarer Zustand.

Herr König informiert, seitens der Stadt sei vor einigen Wochen das Gesundheitsamt informiert worden. Letztlich habe der Grundstückseigentümer/Landwirt dafür zu sorgen, dass die Gülle von seinen Grundstücken nicht abgeschwemmt werde.

Herr Schöllmann ergänzt, ohne die Mitwirkung des Oberliegers sei eine Lösung des Problems nicht möglich. Auf Anregung von H. Klauke soll diese Mitwirkung nochmals angegangen werden.

TOP 8 Verschiedenes

TOP 8.1 Abarbeitung der offenen Postenliste

Die im Top 1 vorgezogene Liste, LoP, wird nochmal besprochen. Herr Albers spricht an, dass die Liste überarbeitet werden muss. Frau Ochsenfeld spricht an, das auch eine negative Rückmeldung eine Rückmeldung sei und somit in der Liste vermerkt werden müsse.

TOP 8.2 Tempolimit

Herr König informiert, dass Geschwindigkeitsbegrenzungen bzw. verkehrsrechtliche Regelungen immer in Abstimmung mit der Polizei und dem Straßenbaulastträger, in diesem Fall StraßenNRW, getroffen würden. Natürlich habe die Stadt auch eine eigene Einschätzung.

Da Landstraßen für die Leichtigkeit des überörtlichen Verkehrs stehen, seien Geschwindigkeitsbegrenzungen im Falle besonderer Einrichtungen an einer solchen Straße, z.B. Kindergärten oder Schulen, denkbar.

TOP 8.3 Nachtrag zum Sachstand der „Feierhäuser“

Herr König bittet darum, den Sachstand im Protokoll nachreichen zu dürfen.

Da die Häuser in einem Mischgebiet genehmigt seien, kann aus baurechtlicher Sicht nichts unternommen werden. Die Feiernden haben sich an die gesetzlichen Ruhezeiten/ Vorgaben zu halten.

Protokollanmerkung:

Die Häuser liegen planungsrechtlich im Mischgebiet. Bauordnungsrechtlich ist die Nutzung als Ferienhäuser zulässig.

Die Feiernden habe sich an die gesetzlich vorgegebenen Ruhezeiten zu halten. Die Eigentümer sind hierauf hingewiesen worden. Allerdings zeigt sich immer wieder, dass sich Mieter hieran nicht halten.